

**Wahlprüfsteine für die Kandidaten zur Tübinger Oberbürgermeisterwahl 2022**

**Name: Dr. Ulrike Baumgärtner**

**Partei: Bündnis 90/ Die Grünen**

**Im Folgenden finden Sie Fragen zu verschiedenen Themenblöcken. Bitte beantworten Sie die Fragen so präzise wie möglich und jeweils mit Begründung.**

**Allgemeines**

1. Bitte beschreiben Sie Ihre Motivation zur Kandidatur als Oberbürgermeister in der Universitätsstadt Tübingen.

Seit über 20 Jahren lebe ich in dieser tollen Stadt – mittlerweile mit meiner fünfköpfigen Familie. Mich fasziniert die Schaffenskraft und der Innovationsgeist, die Vielfalt und das Verantwortungsgefühl der Menschen hier. Als Oberbürgermeisterin möchte ich diese Energien bündeln und eine neue politische Kultur etablieren. Denn gemeinsam sind wir Tübingen.

1. Welche Zielvorstellungen haben Sie für die Entwicklung der Stadt und welche Meilensteine wollen Sie in den kommenden acht Jahren erreichen?

Meine Zielvorstellungen habe ich in acht Versprechen für acht Jahre formuliert:

1. Einen konsequenten **Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik** einleiten. Vorrang für kommunale und am Gemeinwohl orientierte Projekte. Schwerpunkt auf Wohnraum für Pflegebedürftige. Geteilte Infrastruktur in Wohnkonzepte integrieren. 5.000 neue Wohneinheiten sollen entstehen. 2.500 davon von der GWG und weitere für am Gemeinwohl orientierten Akteure.

2) Eine **neue Willkommenskultur** etablieren, um Tübingen attraktiv für junge Menschen zu halten und gleichzeitig dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Botschafterin für die weltoffene Stadt sein. Willkommenszentrum für Bürger\*innen-Dienste errichten, um Menschen ohne Online-Terminvergabe die Serviceleistungen der Stadt zugänglicher zu machen.

3) Einen **Klima-Innovationsfond** auflegen, um die **effiziente Energieerzeugung und -nutzung**als gemeinsame Kraftanstrengung zu begreifen: Unternehmen, Handwerkerschaft, Universität, Klinikum und Forschungseinrichtungen zusammenbringen und mit einer öffentlichen Anschubfinanzierung auf den Weg bringen.

4) Ein umfassendes **Mobilitätskonzept** mit dem Ziel der **autofreien Innenstadt erarbeiten**, umsetzen und klar kommunizieren.

5) Den Betreuungsnotstand und Planungsengpass angehen und die **Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin** stärken.

6) Die Universitätsstadt durch ein **Tourismuskonzept** mit der Genuss-Region verbinden. Integration Kulturpolitik bei Tourismusstandort. Attraktive Altstadt mit Handel, Gastronomie, Kultur. Ökologische Aufwertung und Begrünung von Plätzen und Quartieren.

7) Die **Stadtteiltreffs** stärken und im sozialen Bereich die Stadt der kurzen Wege verwirklichen.

8) Den **Teilorten** auf Augenhöhe begegnen.

1. Bitte beschreiben Sie Ihre fachliche Qualifikation für die Position. Welche Erfahrungen bringen Sie in Führung, öffentlicher Verwaltung, kommunaler Haushaltsführung und Finanzplanung mit?

Nach meinem Studium der Politikwissenschaft in Tübingen habe ich an der Universität St. Gallen ein englischsprachiges PhD-Programm absolviert und 2006 meine Promotion zum Thema „Geschlechtergleichstellung in der UN Verwaltung zur Friedenssicherung“ abgeschlossen.

Als persönliche Mitarbeiterin im Landtag von Baden-Württemberg und als Referentin für Ethik und nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Reutlingen habe ich praktische Verwaltungserfahrung gesammelt.

Im Rahmen zahlreicher Lehraufträge u.a. an der Verwaltungshochschule Kehl und meiner aktuellen Tätigkeit als kommunalpolitische Beraterin habe ich mein Wissen an künftige Führungskräfte der Verwaltung und Bürgermeister\*innen weitergegeben.

Seit über 10 Jahren bin ich ehrenamtliche Kommunalpolitikerin in Tübingen – immer mit Führungsverantwortung als Fraktionsvorsitzende bzw. Ortsvorsteherin in Tübingen-Weilheim. In diesen Jahren habe ich als Vorsitzende der größten Fraktion stets die Haushaltsverhandlungen geführt. Auch in meinem ersten Jahr 2009 bei äußerst schwieriger Haushaltslage. Die überparteiliche und interfraktionelle Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik ist mir wichtig. Mein Bestreben war es stets Haushaltsbeschlüsse mit breiter Mehrheit zu fassen. In der Regel ist mir das gelungen.

1. Soll das Amt des Finanzbürgermeisters weiterhin in Personalunion mit dem Amt des Oberbürgermeisters ausgeübt werden?

Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich keine Notwendigkeit an dieser Struktur etwas zu verändern. Wichtig finde ich, dass die städtischen Haushalte wieder am Ende des Jahres und nicht im Frühjahr des nächsten Jahres beschlossen werden, um Landes- und Bundesförderungen besser abrufen zu können.

Eine Umstellung auf einen Doppelhaushalt finde ich überlegenswert.

1. Welche Rolle spielt für Sie die Verwendung von Social Media in der Ausübung des Amtes?

Social Media ist eine Kommunikationsform, die aus der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken ist. Viele Unternehmen nutzen sie zunehmend für die Personalgewinnung.

Aktuell agiere ich in den sozialen Netzwerken in enger Abstimmung mit meinem Wahlkampfteam. Als Oberbürgermeisterin würde ich mich eng mit der Pressestelle abstimmen. Kontrollierte Einblicke zu Freizeit- und Familienaktivitäten gehört für mich zur Rolle der öffentlichen Person als Oberbürgermeisterin. Es ist aber klar, dass die Themen und die Wortwahl stets der Würde des Amtes entsprechen müssen.

1. Wie möchten Sie mit kontroversen Themen wie der künftigen Stadtentwicklung, dem Wachstum der Stadt oder etwaigen Grenzen des Wachstums umgehen? Wie möchten Sie insb. die Menschen bei diesen Themen zusammenführen?

Meine Stärke ist meine Dialogfähigkeit. Ich habe den Mut, Themen und Problemstellungen offen anzusprechen. Denn ich bin davon überzeugt, dass nur auf dieser Grundlage gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeitet werden können.

Zu Beginn meiner Tätigkeit als Ortsvorsteherin schwelte beispielsweise ein Konflikt zwischen der Anwohnerschaft auf dem Kreßbach und der Verkehrsabteilung bezüglich der Lärmbelastung und aus Sicht der Anwohner\*innen unzureichender Maßnahmen, die ergriffen wurden. Nach vielen Gesprächen und Diskussionen im Ortschaftsrat steht heute auf dem Kreßbach und in Weilheim eine mobile Smileyanlage, die eine Verkehrszählung vornimmt und die Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitungen sowie die Tageszeit, wann diese Überschreitungen stattfinden, aufzeichnet. Den Standort haben wir mit den Anwohner\*innen ausgesucht. Dieses Beispiel zeigt, wie ich als verantwortliche Entscheidungsträgerin mit kontroversen Themen umgehe.

Als Gemeinderätin habe ich mich damals in die Diskussion um die Bebauung des Au-Brunnen Areals auf einem öffentlichen Podium deutlich für eine Diskussion zum Wachstum in unserer Stadt eingesetzt. Das mir zur Verfügung stehende Mittel war, einen Antrag dazu einzureichen. Bis heute wurde dieser nie bearbeitet. Als Oberbürgermeisterin würde ich das nachholen.

1. In welchem Rahmen beabsichtigen Sie zukünftig die Bürgerschaft bei der Planung von Projekten einzubeziehen? Sollen hierbei Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide durchgeführt werden? Wenn ja: Soll die „Bürger-App“ hierfür genutzt werden? Wie kann die Teilnahme auch der nichttechnisch-versierten Bevölkerung ermöglicht werden? Sind Bürgerentscheide für Sie verbindlich?

Die aktuellen Herausforderungen mit einer angespannten Lage der Energieversorgung und Materialknappheit, der anhaltenden Corona-Pandemie sowie einem möglichen Anstieg an Cyber-Angriffen auf systemrelevante Einrichtungen und Unternehmen meistern wir als Gesellschaft nur gemeinsam. Davon bin ich fest überzeugt. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen das öffentliche Leben in Tübingen so zu gestalten, dass alle daran teilhaben können.

In Tübingen wird eine Vielzahl an Möglichkeiten genutzt, um Entscheidungsprozesse und politische Debatten zu führen und zu moderieren. Allerdings ist nicht immer klar, worauf die Befragten tatsächlich Einfluss nehmen können. Als Oberbürgermeisterin möchte ich das deutlicher machen und den Instrumentenkasten um Bürger\*innen-Räte mit zufällig ausgewählten Beteiligten, sowie mit digitalen und aufsuchenden Formaten ergänzen, um auch diejenigen einzubinden, die sich bislang wenig beteiligen.

Die „Bürger-App“ ist ein erster Schritt in eine digitale Beteiligung. Prinzipiell begrüße ich digitale Elemente, die Menschen ansprechen, die sich bislang wenig beteiligen. Aber auch so werden nicht alle Menschen abgeholt. Ebenso wichtig sind aufsuchende Formate und der klassische Dialog. Gut aufbereitete Informationen sind die Basis eines wertschätzenden Austausches.

Bürgerentscheide sind für mich verbindlich. Das regelt bereits die Gemeindeordnung.

1. Sind Sie auch bereit Expertise von außen zuzulassen und nicht vorgeprägte sog. „runde Tische“ als Bürgerbeteiligung anzusehen?

Bürgerbeteiligung ist wichtig und sollte bei allen Vorhaben von vornherein mit eingeplant werden. Bei den Formaten bin ich nicht festgelegt, sie müssen zur Sachfrage passen.

1. Wie stehen Sie zu den Begriffen Verbindlichkeit, Menschlichkeit und Sachlichkeit im Amt des Ersten Bürgers unserer Stadt?

Meinen Studierenden an der Verwaltungshochschule würde ich sagen: „Das sind moderne Tugenden künftiger Oberbürgermeister\*innen“.

1. Wie stehen Sie zu einem (verpflichtenden) Gendern der Stadtverwaltung?

Im Jahr 2021 hat das Gleichstellungsreferat der Stadt Tübingen einen hervorragenden Leitfaden zu geschlechtergerechter Sprache herausgegeben. Im Fokus stehen Vorschläge geschlechterneutrale Bezeichnungen zu verwenden. Diesen Leitfaden empfehle ich anderen kommunalpolitisch Aktiven in meiner Tätigkeit als Beraterin.

1. Halten Sie es für richtig, dass die Teilorte weiterhin eine eigene Verwaltungsstelle mit Ortschaftsräten betreiben?

Ja.

**Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Tübingen**

1. Wie soll die Kooperation der Stadt mit der Eberhard Karls Universität Tübingen künftig aussehen?

Für beide Seiten gewinnbringend. Die Universität und die Studierenden, Forschenden und Mitarbeiter\*innen prägen das Stadtbild und die Bevölkerungsstruktur. Und die Attraktivität der Tübinger Altstadt, das Kultur- und Freizeitangebot sowie die öffentliche Infrastruktur, wie etwa die Kinderbetreuung, sind für Universitätsangehörige ein Grund in diese Stadt zu kommen. Diese gegenseitige Stärkung finde ich wichtig noch deutlicher als bisher zu betonen. Bei der Planung des Campus in der Wilhelmstraße geht es gleichzeitig um die Aufenthaltsqualität und die Weggehmöglichkeiten in der Wilhelmvorstadt. Ähnliches gilt für den Bereich der Schnarrenberg-Klinik und der Anbindung an das Cyber Valley und die Obere Viehweide. Außerdem ist bei den Themen Kinderbetreuung und Wohnen eine enge Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk notwendig.

1. Wie möchten Sie den Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in den Bereichen Wissenschaft, Handwerk, Gewerbe, Fertigung und innovative Technologie sicherstellen?

Durch eine neue Willkommenskultur, einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik und ein umfassendes Mobilitätskonzept (siehe oben).

1. Wie beabsichtigen Sie der Stadt als Wirtschaftsstandort weiteres Wachstum zu ermöglichen? Wie stehen Sie zu einer Ausweisung weiterer Gewerbegebiete in Tübingen?

Wachstum ist per se nichts Schlechtes. Aus meiner Sicht muss es uns künftig besser gelingen ein Gleichgewicht zwischen der Ansiedlung neuer Unternehmen und Forschungseinheiten und der Schaffung von neuem Wohnraum herzustellen. Ebenso wie in der Wohnbebauung sollten wir auch für Gewerbeeinheiten diskutieren, vermehrt in die Höhe zu bauen.

1. Durch welche Maßnahmen könnte man dem Rückgang des Einzelhandels Einhalt gebieten? Wie können neue Einzelhandelsbetriebe in der Tübinger Innenstadt angesiedelt werden? Welche Rolle spielt die Gastronomie in dem neuen Altstadt-Bebauungsplan?

Der inhaber\*innengeführte Einzelhandel, Cafés, Gastronomie und Straßenkultur sind zentrale Merkmale unserer Stadt und damit für den allgemeinen Wirtschaftsstandort von Bedeutung. Mit dem Einkaufsangebot in der Friedrich- und Poststraße und den künftigen Möglichkeiten am Europaplatz hat Tübingen drei Handelszentren, die gut miteinander verbunden sein müssen. Zur weiteren Stärkung des Tübinger Einzelhandels und des Wirtschaftsstandorts setze ich mich für folgende Maßnahmen ein:

* Eine punktuelle Anpassung der Altstadtsatzung zur Stärkung des Handels, Handwerks und der Gastronomie sowie die Öffnung kreativer Begegnungsorte, wie beispielsweise die Terrasse im Zimmertheater.
* Gemeinschaftlich gewerbliche Nutzungskonzepte entwickeln, wie etwa die Vermietung eines Ladens an mehrere Gewerbetreibende, um den Mietpreis zu teilen.
* Ein Mobilitätskonzept erarbeiten, das Besucher\*innen von zentralen Einfahrtstoren der Stadt umweltfreundlich, einfach und günstig zu den Einkaufsläden, Cafés und Arbeitgeber\*innen bringt. Mit einer autofreien Kernstadt steigt die Aufenthalts- und Lebensqualität. Als Teil dieses Konzepts wird die Anlieferung individueller Paketzustellungen in der Altstadt umweltfreundlicher gestaltet und innovative Konzepte erarbeitet, wie Menschen mit eingeschränkter Mobilität die letzten Meter von den zentralen Parkmöglichkeiten zu ihrem Ziel in der Altstadt zurücklegen.
* Ein umfassendes Tourismuskonzept für Tübingen denkt Stadt und Kreis zusammen und verstärkt die Kooperation, indem wir hochwertige Angebote der hiesigen Gastronomie mit der regionalen Erzeugung verknüpfen und gemeinsam mit ihnen auf einer Web-Plattform ihre vielfältige Arbeit und konkrete Catering-Angebote präsentieren.

1. Wie können junge Menschen nach dem Ende ihres Studiums/ihrer Ausbildung vor Ort gehalten werden – insb. auch mit Blick auf verlorengehenden Nachwuchs in den Vereinen und bei der Feuerwehr?

Wenn junge Menschen nach ihrem Studium in Tübingen bleiben und eine Familie gründen möchten ist eine der zentralen Fragen bezahlbaren Wohnraum zu finden. Ich setze mich für einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik ein, indem ich dem kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau klar den Vorrang bei der Flächenvergabe gebe.

In meinem Wahlprogramm mache ich Vorschläge, wie wir ein Umdenken in der Ehrenamtsarbeit erreichen und Studierende bereits während ihres Studiums dafür gewinnen. Junge Menschen schätzen am Ehrenamt häufig, dass sie sich einbringen und ausprobieren können, neue Fähigkeiten und Kompetenzen erlernen und dass sie ihr Engagement für sogenannte Social Credits für Stipendien oder Praktika anrechnen lassen können.

Auf die Feuerwehr, das DRK oder das THW kommen in Zukunft vermehrt Anforderungen im Katastrophenschutz im Zusammenhang mit Starkregen und Hochwasser zu. Umso wichtiger, dass die lebensrettenden Institutionen ausreichend Nachwuchs haben, um die vielfältigen Anforderungen zu bewältigen. Aus meiner Sicht braucht es bei folgenden Aspekten einen verstärkten städtischen Einsatz:

* Durchführung einer Imagekampagne, um aus dem allgemeinen Interesse an der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und dem THW ein Mitgliederwachstum hervorzubringen.
* Erarbeitung eines gesamtstädtischen Konzepts zum Aufbau von Jugendeinheiten.
* Sanierung der Feuerwehrhäuser, um getrennte Umkleide- und Duschmöglichkeiten für Männer und Frauen herzustellen.
* Eine familienfreundliche Organisation der Ausbildungsphasen.

**Verkehr**

1. Wie stellen Sie sich in den Bereichen Arbeitsplätze und Verkehr die Zusammenarbeit der Stadt Tübingen mit den anderen Kommunen in der Region vor – insb. bezogen auf den Schindhau-Basistunnel und die Regionalstadtbahn?

In den Wahlkampf zur Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn habe ich mich aktiv eingebracht. Mich überzeugt bis heute der Grundansatz Stadt und Land zusammen zu denken. Mit Blick auf die verkehrliche Anbindung der Region an die Stadt wirft der abgelehnte Bürger\*innen-Entscheid viele Fragen auf. Ziel des Projekts war es durch eine umweltfreundliche Alternative weniger Autoverkehr in Tübingen zu haben und den Parkdruck am Universitätsklinikum und an anderen Stellen der Stadt zu verringern. Das Ergebnis des Entscheids müssen wir akzeptieren und attraktive Alternativen schaffen. Die Einführung von Schnellbuslinien auf eigenen Trassen ist aus meiner Sicht ein zielführender Ansatz. Wichtig für die Akzeptanz und Nutzung ist eine sehr gute Taktung und Pünktlichkeit. Die weiteren offenen und komplexen Fragen möchte ich in einem zufällig zusammengesetzten Bürger\*innenrat diskutieren.

Die heutige Erfolgsgeschichte des Technologieparks zeigt, dass die damaligen Oberbürgermeisterinnen Russ-Scherer und Bosch Recht hatten, einen solchen Think-Tank und interkommunales Gewerbegebiet zu errichten. Eine vermehrte Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden im Kreis im Bereich Arbeitsplätze und Verkehr ist für mich ein Gebot der Stunde und schon aufgrund der Flächendiskussion in Tübingen angesagt.

Der Schindhau-Basistunnel ist ein Verkehrsprojekt zur Entlastung der Südstadt. Es ist vor acht Jahren unter aktiver Beteiligung der Bürger\*innen aus dem Quartier entstanden. Ich kenne keine Überlegungen, dass angesichts der verschärfenden Klima- und Energiekrise der Bund Abstand von den Planungen nimmt. Der Rückbau der Stuttgarter Straße und die Aufwertung des dortigen Wohnraums bleibt ein Argument für das Projekt.

1. Welches Gesamtkonzept liegt Ihrer Verkehrspolitik mit Blick auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmer zugrunde? Bitte skizzieren Sie Ihre Konzepte zur Entwicklung des Verkehrs innerhalb der Stadt und für Einpendler aus dem Umland.

Die aktuelle Verkehrsführung in Tübingen wirft viele Fragen auf. In welche Richtung darf ich mit welchem Verkehrsmittel abbiegen? Die vielen Baustellen tragen weiter zur Unklarheit und Unsicherheit bei. Tübingen braucht ein umfassendes Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsmittel einbezieht. Ein in sich stimmiges Mobilitätskonzept ist Teil eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts und guten Stadtmarketings. An die zentralen Umsteigemöglichkeiten für Bahn und Bus müssen auch bestehende Parkhäuser angegliedert werden, um den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen und eine autofreie Kernstadt zu ermöglichen. Der Ausbau und die lückenlose Verbindung der Hauptrouten für Fahrräder ist genauso wichtig wie die Aufwertung der Fußgänger\*innen-Zonen. E-Pedelecs und Lastenräder zum Verleih sind ergänzende Mobilitätsformen. Und digitale Elemente erleichtern die Organisation von Sharing-Angeboten. Mobilitätspolitik ist vielfältig

1. Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach dem Pkw als Verkehrsmittel in Tübingen zu, insb. betreffend die Erreichbarkeit Innenstadt und der Mühlstraße mit dem Individualverkehr? Wie sieht Ihr Parkkonzept für die Stadt aus?

Aus meiner Sicht steigt die Aufenthaltsqualität und Attraktivität der Kernstadt deutlich, wenn kein motorisierter Individualverkehr durch die Straßen fährt oder geparkt wird. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist sowohl für die Menschen, die in den Bereichen wohnen gut als auch für die Einzelhändler\*innen.

Einen zeitlich begrenzten Anlieferverkehr sowie notwendige Fahrten von Ärzten oder Handwerker\*innen nehme ich explizit aus. Den Parksuchverkehr sowie Paketzulieferungen möchte ich als Oberbürgermeisterin von der Altstadt ausschließen. Eine zentrale Lieferstation ist überfällig.

Für Gäste und Arbeitnehmer\*innen aus dem Umland, die keine akzeptable Bus- oder Bahnverbindung nach Tübingen haben, finde ich es wichtig gut gekennzeichnete und gut erreichbare zentrale Parkhäuser zu haben. Die Bustaktungen und Leihmöglichkeiten für Fahrräder und andere umweltfreundliche Verkehrsmittel sollten von dort aus so organisiert sein, dass der Umstieg eine attraktive Alternative ist.

Am Abend und am Wochenende könnten auch Parkhäuser von Unternehmen einbezogen werden und Gäste, die zum Einkaufen oder in eine Kulturveranstaltung gehen, müssen nicht lange einen Parkplatz suchen, sondern können einfach umsteigen.

Eine Herausforderung ist, wie Menschen mit eingeschränkter Mobilität die letzten Meter von den zentralen Parkmöglichkeiten zu ihrem Ziel in der Altstadt zurücklegen. Tübingen hat allerdings genug schlaue Köpfe. Warum nicht einen Start-Up-Wettbewerb ausschreiben, um genau dieses Problem anzugehen?

Mein Grundansatz in der Mobilitätsfrage ist, die Möglichkeiten zu verstärken unterschiedliche Verkehrsmittel geschickt zu kombinieren.

**Stadtplanung**

1. Wie beabsichtigen Sie, den angespannten Wohnungsmarkt in der Stadt und den Teilorten abzumildern und auch jungen Familien das Wohnen und private Bauen in der Stadt zu ermöglichen – insb. mit Bezug auf die Ausweisung neuer Wohngebiete, Bau von privaten Wohnhäusern, Verschleppung der Wohnbauflächenentwicklung in den Teilorten, Mietendeckel, Inaussichtstellen von Enteignungen, Nachverdichtung, Baugebote und Grünflächen in der Stadt?

Letztes Jahr hat die Verwaltung berechnet, dass bis 2030 im Tübinger Stadtgebiet und den Teilorten 5000 Wohneinheiten realisiert werden könnten. Die Umsetzung ist ambitioniert und durch die aktuellen Baupreisentwicklungen noch zusätzlich erschwert. Ich halte an diesem Ziel fest, mache aber deutlich, dass beim Thema Wohnen nicht allein die Bautätigkeit ausschlaggebend ist, sondern ebenso die soziale Frage im Zentrum steht. Wie bauen wir? Und für wen?

Im Vergleich zu Reutlingen oder Esslingen haben wir in Tübingen wenig kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau. Mit mir als Oberbürgermeisterin gäbe es eine klare Richtungsänderung, um endlich die Preisspirale einzudämmen.

Außerdem gibt es einen klaren Mangel an Wohnraum für Pflegebedürftige. Auch hier sehe ich einen wichtigen Ansatzpunkt. Am Hechinger Eck und in den Teilorten entsteht Wohnraum für Pflegebedürftige. Wenn wir Betroffenen ein attraktives Angebot für barrierefreies Wohnen und lebenslanger Pflege in Aussicht stellen können, sehe ich die Voraussetzung erfüllt, dass Häuser und große Wohnungen von den Betroffenen zugunsten eines Wohnangebots in einer sozialen Gemeinschaft aufgegeben werden. Mit einem Vorkaufsrecht der Stadt und einer Weitergabe an junge Familien in Erbbaurecht wäre ein weiterer wichtiger Baustein erreicht, um ohne einer Versiegelung neuer Flächen günstiger Wohnraum geschaffen werden kann.

1. Wie stellen Sie sich im Bereich Wohnraumentwicklung die Zusammenarbeit der Stadt Tübingen mit den anderen Kommunen im Landkreis vor?

Um der fortschreitenden Flächenversiegelung Einhalt zu gebieten, ist eine verstärkte regionale Zusammenarbeit unabdingbar. Außerdem verschaffen wir uns eine stärkere Position, wenn wir unseren starken Wirtschaftsraum Neckar-Alb auch in der Wohnraumentwicklung gemeinsam voranbringen. Mein Kreistagskollege Thomas Hölsch hat seinem Gemeinderat ein Wohnprojekt für Studierende direkt am Halt der Regionalbahn vorgeschlagen. Aus meiner Sicht eine zukunftsweisende Idee.

1. Welche Konzepte haben Sie, damit die Stadt das mehrheitlich beschlossene Ziel der Klimaneutralität 2030 erreichen kann? Welche Meilensteine sehen Sie? Wie stehen Sie zum Bau von Windkraftanlagen auf geeigneten Flächen in der Tübinger Gemarkung? Halten Sie die aktuelle Vorgehensweise zur Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen sowie Flächen in der Nähe von Straßen (bspw. „Innenohrflächen“) für die Errichtung von PV-Anlagen für richtig, oder sehen bzw. bevorzugen Sie andere Möglichkeiten, bspw. die Nutzung bereits versiegelter Flächen?

Klimaschutz und Naturschutz sind für mich zwei Seiten der gleichen Medaille. Für Tübingen bedeutet das, wir brauchen sowohl die Ausweisung von Photovoltaik (PV)-Anlagen als auch die Umsetzung von Begrünungskonzepten. Im Einzelnen werde ich als Oberbürgermeisterin folgende Maßnahmen anregen:

* Mittel aus dem Bundesprogramm Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel abrufen, um Begrünungsmaßnahmen in der Innenstadt und den Quartieren für ein kühlendes Stadtgrün umzusetzen. Eine ess- und trinkbare Stadt schafft Gemeinschaftserlebnisse über das Anbauen von Gemüse, fördert die Insektenvielfalt und verbessert das Mikroklima in der Stadt.
* Über die städtischen Mittel für Klimaschutzmaßnahmen ein Förderprogramm Fassadenbegrünung für private und unternehmerische Bauherr\*innenschaft aufsetzen. Eine Gebührenreduktion für eine gesplittete Abwassergebühr bei Versickerungsmöglichkeit durch Fassadenbegrünung prüfen.
* Die Auswahl und Anordnung der Begrünungskonzepte auf die Bedürfnisse von Insekten und Vögeln ausrichten und mit zusätzlichen Nisthilfen an öffentlichen Gebäuden ergänzen.

In den nächsten zehn Jahren entscheidet sich, ob die regionale Landwirtschaft eine Zukunft hat. Von der Landes- und Bundesebene geht die Zielformulierung aus, bis 2030 den Anteil ökologischer Landwirtschaft auf 30 Prozent zu erhöhen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit, der Biodiversität und des Klimaschutzes möchte ich für Tübingen deutlich ambitioniertere Ziele für die bio-regionale Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und den Konsum erreichen. Konkret bedeutet das: Bis in zehn Jahren das Schulessen und die Verpflegung in städtischen Kantinen zu 100 Prozent auf bio-regionale Versorgung umzustellen.

Die aktuelle Krise in der Energieversorgung muss der letzte Weckruf sein, um die Energie- und Wärmeversorgung komplett neu auszurichten. Das benötigt Entwicklungsschritte und Zeit. Gleichzeitig sind wir gefragt alle erdenklichen Einsparmöglichkeiten zu nutzen und unsere individuellen Gewohnheiten stetig zu hinterfragen. Für den Bereich Kompensation hat der Gemeinderat und die Verwaltung bereits wegweisende Beschlüsse mit dem Tübinger Klimaschutzprogramm gefasst. Als Oberbürgermeisterin werde ich das beschlossene Programm konsequent umsetzen und um weitere Aspekte ergänzen. Das bedeutet konkret:

* Das Ausbauziel auf 200 Megawatt Strom aus Erneuerbaren Energien verwirklichen. Hierfür die Installation von gewerblichen PV-Anlagen auf privaten Dächern deutlich beschleunigen. Bisherige Hindernisse für Installationen auf Bestandsgebäuden abfragen und Lösungen finden. Balkonanlagen für die private Stromgewinnung bewerben. In Abstimmung mit den Stadtwerken, den Naturschutzverbänden und den regionalen Landwirt\*innen Standorte auf Freiflächen (beispielsweise unter Stromtrassen) für senkrechte oder aufgeständerte PV-Anlagen prüfen. Ebenso die Nutzung von Brachflächen in der Nähe von Verkehrsinfrastruktur weiter voranbringen.
* Die neue Verpflichtung des Landes Baden-Württemberg zum Bau von PV-Anlagen auf Parkflächen ab 35 Plätzen auch auf bestehende Parkplätze anwenden, sofern keine andere Bebauung möglich ist (wie beispielsweise am Golfclub Kreßbach oder Sportheim Bühl).
* Neben PV-Anlagen werden wir auch Windkraftanlagen brauchen, um unsere Strom- und Wärmeversorgung komplett auf erneuerbare Energiequellen auszurichten und damit zukunftsfähig zu machen. Ein regional abgestimmtes Vorgehen für die ertragreichsten Standorte ist mir hierbei ebenso wichtig wie die Abwägung der Eingriffe in den Naturraum sowie die Beteiligung möglichst vieler Anwohner\*innen. Bei wem eine solche Windkraftanlage in der Nähe steht, soll die Möglichkeit haben, finanziell davon zu profitieren. Genossenschaftliche Beteiligungen wie etwa die Bürger-Energie Tübingen eG sind bewährte Modelle.
* Die steigenden Energiekosten dürfen nicht zur Armutsfalle werden. Bezieher\*innen von Wohngeld müssen unterstützt werden, indem der Ermessensspielraum für angemessene Energiekosten deutlich erhöht wird. Die Möglichkeit, bei viel Wind und Sonne niedrigere Strompreise zu zahlen, sollte ausgebaut und dann gut kommuniziert werden. Eine solche Laststeuerung für Tübingen möchte ich prüfen.
* Weitere Anstrengungen müssen wir in die Entwicklung von Speichermöglichkeiten stecken. Ob Wasserstoff-basierte Systeme, zentrale Batterien in Quartiersgaragen oder individuelle E-Autos: wir brauchen mehr Möglichkeiten, Überschüsse in der Stromerzeugung zu speichern, um sie bei Bedarf abrufen zu können.

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um mit der aktuellen Energiekrise und die mit dem Ukraine-Krieg verbundenen Umwälzungen vor Ort umzugehen?

Der sorgsame Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Entwicklung innovativer Lösungen für gemeinsame Energiekonzepte ist angesichts des Krieges in der Ukraine Grundlage jedes wirtschaftlichen Handelns. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Tübingen steht dafür mit intelligenten Lösungen einen Beitrag zu einem guten und verantwortlichen Leben weltweit zu leisten.

Wir haben das Potential frühzeitig die Chancen zu erkennen, die in den aktuellen globalen Herausforderungen liegen. Mit einem Klima-Innovationsfonds möchte ich ein Anreizsystem schaffen die Veränderungen als Gemeinschaftsaufgabe zu sehen. Hieraus sollen Anschubfinanzierungen für Projekte möglich sein, die in Kooperationen zwischen der Bürgerschaft, den Unternehmen, der Stadt oder der Universität entstehen. Die Entwicklung übergreifender Logistiksysteme, die Errichtung von Speicherkapazitäten oder die Nutzung von Abwärme sind mit Kosten verbunden, die ein Akteur allein nur schwer leisten kann. Für die Transformation unserer Wirtschaft sind sie aber entscheidend und von Nutzen für die Allgemeinheit.

Außerdem finde ich, sollte Tübingen die Erkenntnisse anderer Kommunen bei der Entwicklung und Förderung von wasserstoffbasierten Systemen für Überlegungen der eigenen Anwendung nutzen.

Und schließlich könnte Tübingen Modellstadt für nachhaltiges Bauen und Baustoffrecycling werden. Bei der Kalkulation städtischer Bauprojekte sollten stärker die Energie- und Rohstoffkosten auch für Transport, Lagerung und Entsorgung bei Ausschreibungen berücksichtigt werden.

1. Welche Projekte möchten Sie in den Bereichen Kulturförderung und Sport umsetzen?

Der Kultursaal und ein neues Schwimmbad mit 50 Meter Becken sind die großen und bereits lange Zeit formulierten Wünsche in den Bereichen. Beides sind berechtigte und wohlbegründete Anliegen. Schade, dass es in den letzten Jahren nicht gelungen ist eine Realisierung in die Wege zu leiten.

Die Standortfrage für den Kultursaal sollte aus meiner Sicht dringend abgeschlossen werden und auch die Schaffung zusätzlicher Schwimmflächen befürworte ich voll und ganz. Auch sollte geprüft werden, ob es für den Weiterbetrieb des Uhlandbads keine wirtschaftlich tragfähige Variante geben könnte. Inwieweit diese Vorhaben in den nächsten Jahren tatsächlich umgesetzt werden können, kann heute niemand sagen.

Vermutlich werden wir eher offene Diskussion über die Standards der jeweiligen Anlagen, Vereinsstätten und Räume führen, um möglichst vielen Engagierten gute Rahmenbedingungen zu bieten.

Mit der Stärkung der Eigenverantwortung von Vereinen bei Bauprojekten hat die Stadt Ulm gute Erfahrungen gemacht. Dabei wird ein fester Zuschuss auf Grundlage einer Gesamtkalkulation bewilligt. Die Projektabwicklung und Kostensteuerung erfolgt dann vom Verein selbst. Solche Ansätze könnten die Bauverwaltung entlasten und die Planung und Umsetzung der Projekte beschleunigen.

1. Welche Konzepte haben Sie, um den Zusammenhalt der Bürgerschaft über Generationen und Nationalitäten hinweg zu fördern?

Ergänzend zum Netzwerk der öffentlichen und sozialen Einrichtungen nehmen die Stadtteiltreffs eine zentrale Rolle in der Organisation des gemeinschaftlichen Zusammenlebens ein. Diese soziale Funktion gilt es zu stärken und personell aufzustocken, um die Stadtteiltreffs:

* zu niederschwelligen Anlaufstellen für die Bewohner\*innen (auch im Austausch untereinander) zu entwickeln;
* in die Lage zu versetzen, bei speziellen Problem- und Fragestellungen an Fachstellen in der Verwaltung und/oder an freie Beratungsstellen vermitteln zu können („Lotsenfunktion“);
* zu Informationszentren und Clearingstellen für Unterstützungsmöglichkeiten des sozialen Netzwerks in Tübingen zu gestalten;
* zu einem Ort der Entwicklung erster lokaler Lösungsvorschläge für auftretende Probleme zu machen: Die Praxis vor Ort ist oft erfinderischer als die besten Planungsbüros;
* und die Ehrenamtlichen vor Ort in der Organisation von Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten von Jung und Alt zu unterstützen, sowie offenen Kulturbühnen, Vorträge oder Veranstaltungen durchzuführen.

1. Wie kann der Konflikt Nachtleben und Lärm in der Innenstadt bewältigt werden? Wo können geeignete Orte für das Nachtleben geschaffen werden? Wie kann das damit zusammenhängende Abfallproblem gelöst werden?

Tübingen ist eine Universitätsstadt und damit eine junge Stadt. Das macht einen großen Teil des Charmes und der Attraktivität aus. Junge Menschen haben ein Bedürfnis zu feiern. Das war zu meiner Jugend- und Studierenden-Zeit nicht anders. Die Möglichkeiten dazu sind aber durch Schließungen beispielsweise vom Top Ten, Zentrum Zoo, Depot oder auch dem Bierkeller immer weniger geworden. Es braucht mehr Angebote zum Feiern, um die Platanenallee, die Uhlandstraße und den Alten Botanischen Garten zu entlasten.

Ein „natürliches“ Partyzentrum ist der Europaplatz. Ich fände es gut, wenn an dieser gut erreichbaren Stelle die Möglichkeit für eine abendliche Ausgehmöglichkeit geschaffen wird.

Darüber hinaus fände ich es schön, wenn in allen Quartieren und Teilorten Ausgehmöglichkeiten für junge Leute geschaffen werden. Die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte sind hier gefragt Orte und Formate zu entwickeln, wie eine gute Auswahl gelingt. Es wird dann eine bleibende Aufgabe sein, ein gutes Miteinander zu erhalten. Daran haben alle ein Interesse und deswegen tragen auch alle die Verantwortung das es so bleibt.

Zum Konfliktmanagement zwischen Nachtleben und Anwohnerschaft haben andere Städte eine\*n Nachtbürgermeister\*in. Vielleicht wäre das auch für Tübingen interessant.

**Digitalisierung**

1. Welche konkreten Konzepte haben Sie, um die Stadt und die Stadtverwaltung fit für das weiter voranschreitende digitale Zeitalter zu machen? Wie möchten Sie im Zuge der Umsetzung dieser Konzepte gewährleisten, dass alle interessierten Bürger („digital natives“ und „digital immigrants“) mitgenommen bzw. miteinbezogen werden? In welchen Bereichen des Stadtlebens möchten Sie Digitalisierung einsetzen (Stichwort „Smart City“)?

Mit der Bürger\*innen-App ist Tübingen einen ersten Schritt in Richtung digitale Beteiligungsformate gegangen. Den Vorstoß des Gemeinderats, die Sitzungen online zu übertragen, begrüße ich sehr. Um die moderne Technik zum qualifizierten Austausch und für mehr Bürger\*innen-Nähe zu nutzen, unterstütze ich:

* den Einsatz von Messenger-Diensten als städtischen Kommunikationskanal mit den Einwohner\*innen.
* die Ausweitung solcher Dienste auf gezielte Rückmeldungen der Tübinger\*innen an Verwaltungsmitarbeiter\*innen. Die Unterhaltung der Radwege, Spielplätze und anderer öffentlicher Plätze wird von vielen Bewohner\*innen intensiv beobachtet. Eine zielgerichtete Möglichkeit Schäden zu melden und eine direkte Rückmeldung, wann die Schäden behoben werden, würden viele Anrufe und Emails an „falsche“ Stellen oder vergebliche Kontaktversuche von Bürger\*innen mit der Verwaltung sparen und auch innerhalb der Verwaltung Aufwand und Reibungsverluste reduzieren. Auch würde der Service-Charakter der Verwaltung und die Möglichkeit der aktiven Teilhabe deutlich gestärkt.
* die Nutzung von QR-Codes zur Beteiligung der Einwohner\*innen bei Planungsprozessen. Durch das Einscannen des Codes kann der aktuelle Planungsstand sowie Veranschaulichungen, wie ein Park oder Platz künftig aussehen soll, abgerufen werden. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, über gezielte Fragen oder offene Felder Rückmeldungen der Bevölkerung zu erhalten.
* die Prüfung der Einführung des Konstanzer Modells für die Übertragung der Gemeinderatssitzungen. Dort werden die Diskussionen der einzelnen Tagesordnungspunkte aufgenommen und zeitlich versetzt als Video-Podcasts auf der städtischen Homepage zur Ansicht hochgeladen. Nach einem bestimmten Zeitraum werden die Aufnahmen gelöscht.

Für die Erläuterung der Nutzung digitaler Dienste an Menschen, die weniger Erfahrung im Umgang mit der neuen Technik haben, sehe ich die Stadtteiltreffs als zentrale Anlaufstellen für jegliche Bereiche des sozialen Lebens in den Quartieren.

**Finanzen**

1. Ziehen Sie die Erhebung neuer Steuern zugunsten von Umwelt-, Verkehrs-, Abfall-, oder Sozialkonzepten oder der Finanzierung der Haushaltskasse in Betracht? Halten Sie an dem Grundsatz der „Null-Verschuldung“ fest?

Der Gestaltungsspielraum für die Kommunen in Steuerfragen liegt an sich lediglich in der Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Darauf würde ich mich als Oberbürgermeisterin auch konzentrieren. Das Agieren in rechtlichen Grauzonen wie beispielsweise bei der Verpackungssteuer muss aus meiner Sicht in einem größeren Verbund von Modellstädten in Abstimmung mit dem zuständigen Bundesministerium erfolgen.

Mit Blick auf die Grundsteuer gilt es festzuhalten, dass die Reform darauf angelegt ist, aufkommensneutral erhoben zu werden. Eine versteckte Steuererhöhung sollte damit nicht verbunden werden. Im letzten Jahr hatte der Tübinger Gemeinderat den Hebesatz der Grundsteuer erhöht. Bei vielen entsteht nun der Eindruck, doch eine versteckte Steuererhöhung zu haben. Bei zumutbarer Finanzlage werde ich eine zeitlich befristete moderate Senkung der Grundsteuer für die kommenden drei Jahre prüfen. Ab 2025 gilt das neue Grundsteuersystem und die kommunalen Auswirkungen, wie beispielsweise die Umlage auf die Mietpreise, können dann erst abgeschätzt und für den Tübinger Hebesatz berücksichtigt werden.

Die Möglichkeit in Form einer „Grundsteuer C“ für unbebaute, baureife Grundstücke einen erhöhten Hebesatz festzulegen, begrüße ich als weiteres Instrument den Wohnraumbedarf zu decken.

Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, dass künftige Generationen in ihren Handlungsmöglichkeiten nicht durch zunehmende Schuldenbelastungen eingeschränkt sind. Die aktuelle landespolitisch diskutierte Frage ob ausbleibende Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und andere Klimaschutzmaßnahmen die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen stärker einschränken als die Zinsbelastung über eine Neuverschuldung beobachte ich mit Interesse. Für die kommunale Finanzpolitik steht die Frage der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts über allem.

**Sicherheit**

1. Wie kann gewährleistet werden, dass sich alle Bevölkerungsgruppen nachts in der (ganzen) Stadt sicher bewegen können?

Ich persönlich nehme Tübingen zu allen Tages- und Nachtzeiten als eine sehr sichere Stadt wahr. Übrigens war das auch eine explizite Rückmeldung von Forschenden im Cyber Valley, warum Tübingen für internationale Studierende und Forschende so attraktiv ist. Weil sie im Vergleich zu vielen Universitätsstädten in den USA oder anderen Ländern sehr sicher ist.

Über das Sicherheitsgefühl müssen wir uns aber Gedanken machen. Die Landesregierung hat extra ein Programm zur Kriminalprävention und Sicherheit im öffentlichen Raum aufgelegt. Es geht darum präventiv eine lokale Sicherheitskonferenz beispielsweise mit der Stadtverwaltung, der Kinder- und Jugendarbeit, Polizei, Streetwork, Sozialbehörde, soziale Einrichtungen, Gastronomie, Kultur, Verkehrsbetriebe, Anwohnerschaft zu etablieren, um bei Konflikten schnell darauf zurückgreifen zu können.

1. Wie beabsichtigen Sie die lokalen Drogenumschlagplätze – insb. der Alte Botanische Garten – einzudämmen und für die Bevölkerung sicherer zu gestalten?

Der Umgang mit dem Konsum von Drogen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Als Mitarbeiterin in der Hochschulverwaltung in Reutlingen war ich erschrocken wie viele Studierende zu Prüfungszeiten regelmäßig Aufputschmittel konsumieren. Für die Bevölkerung ersichtlicher ist der Konsum von Alkohol, Cannabis und anderen Drogen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise im Alten Botanischen Garten. Die Motive und Hintergründe für den Konsum sind vielfältig. Deswegen müssen auch die Maßnahmen damit umzugehen vielfältig sein.

Die Tübinger Kultur, dass der kommunale Ordnungsdienst gemeinsam mit Sozialarbeiter\*innen nachts auf Streife geht, finde ich sehr gut und zielführend.

In meinem Wahlprogramm habe ich unter anderem folgende Aspekte aufgelistet, die ich in enger Abstimmung mit dem Kreis und den Nachbargemeinden zur Stärkung des sozialen Netzes in Tübingen unternehmen möchte:

* Den Ausbau und die Förderung von Beratungsstellen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.
* Erfahrungen zur sicheren und betreuten Abgabe von Drogen und Ersatzstoffen in die Tübinger Debatte einbringen und gegebenenfalls einen geschützten Ort schaffen.
* Die mobile Jugendarbeit, Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit als zentrale Komponenten für niederschwellige und aufsuchende Hilfestellungen stärken.

In den letzten Jahren hat sich der Alte Botanische Garten und die Platanenallee zu den beliebtesten Party-Orten entwickelt. Vor allem aus Mangel an Alternativen. Dazu habe ich bei Frage 25) geantwortet.

**Wir bitten Sie uns Ihre Antworten zu den Wahlprüfsteinen bis zum 31. August 2022 zukommen zu lassen. Wir beabsichtigen die Wahlprüfsteine einschließlich Ihrer Antworten zu veröffentlichen. Haben Sie gegen eine Veröffentlichung der Ergebnisse Einwände?**

**Ja Nein X**

**Bitte zurücksenden an:** [**vorsitzender-sv@cdu-tuebingen.de**](mailto:vorsitzender-sv@cdu-tuebingen.de)

|  |
| --- |
|  |

Ort, Datum, Unterschrift